

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Einsatz für die Abschaffung der Todesstrafe und ihrer Vollstreckung**

Am 30. November jährt sich der Aktionstag „Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe“.

Auch wenn die Zahl der Staaten steigt, die die Todesstrafe abgeschafft haben, registriert Amnesty International eine steigende Anzahl von Hinrichtungen in den vergangenen Jahren. Hiernach wurden allein im Jahr 2008 mindestens 2390 Menschen hingerichtet und mindestens 8864 – und damit mehr als doppelt so viele Menschen wie im Jahr 2007 – zum Tode verurteilt. Mehr als 20 000 Menschen sitzen derzeit weltweit in sogenannten Todestrakten.

Zu den Staaten, in denen weiterhin Todesstrafen ausgesprochen und vollstreckt werden, gehören auch demokratische Staaten wie Japan und die USA.

So steht auch in dem Verfahren gegen den US-Amerikaner Mumia Abu-Jamal, das international Aufsehen erregte, aktuell wieder zu befürchten, dass die vor 27 Jahren ausgesprochene Todesstrafe nun vollstreckt werden könnte, obwohl der Verurteilte schwere Verfahrensfehler und einen Verstoß gegen das Menschenrecht auf ein faires Verfahren geltend macht.

Die Bremische Bürgerschaft ist zutiefst davon überzeugt, dass die Todesstrafe die Würde des Menschen verletzt und ihre Verhängung und Vollstreckung keine für einen Rechtsstaat zu akzeptierende Strafe darstellt und dass jeder Beschuldigte das Recht auf ein faires Verfahren hat.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) begrüßt, dass der Senat sich, wie auch bereits im vergangenen Jahr, am heutigen Abend mit einer Aktion an der Initiative „Städte für das Leben – Städte gegen die Todesstrafe“ beteiligt.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich auch darüber hinaus weiterhin für die Abschaffung der Todesstrafe, für die Verhinderung ihrer Vollstreckung und für das Recht auf ein faires Verfahren einzusetzen.

Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen